
PLANUNG – SOZIOLOGISCH UND ÖKONOMISCH

Rezension von: Irene Dyk,
Gesellschaftspolitische Aspekte der
Planung. Verlag Duncker & Humblot,
Berlin 1981, 217 Seiten; Alfred
Betschart, Demokratische
Wirtschaftsplanung. Verlag Peter
Lang, Bern 1983, 334 Seiten

Planung als gesamtgesellschaftliches Projekt ist in ihrer nicht-utopischen Form ein Produkt des 20. Jahrhunderts. In ihrer praktischen Verwirklichung bzw. in den Ansätzen dazu war Planung zunächst Wirtschaftsplanung – in der Sowjetunion, aber auch in jenen westeuropäischen Staaten, die nach 1945 Formen der gesamtgesellschaftlichen Steuerung im Rahmen ihrer vom Prinzip her marktwirtschaftlichen Systeme einführten. Die Ziele dieser Planung waren dabei mehr oder weniger selbstverständlich: Steigerung von Einkommen und Lebensstandard, Erreichung bzw. Erhaltung eines Niveaus der Vollbeschäftigung, Ausbau der Wohlfahrt – all dies ließ sich in die technokratische Formel von der Maximierung des Wirtschaftswachstums unter gewissen Randbedingungen gießen. Dies galt nicht nur für die unmittelbare Nachkriegszeit, sondern war bis zum Anfang der siebziger Jahre akzeptiert.

Stillschweigend wird bei diesem Weltbild einer Wachstumsgesellschaft die gesamtgesellschaftliche Dominanz des Subsystems Ökonomie unterstellt – auch ein Ausdruck dessen, was Kenneth Boulding „ökonomischen Imperialismus“ genannt hat. Für Planungstheoretiker, die nicht von der Ökonomie, sondern von der Soziologie her kamen, mußte ein solcher Ansatz, der

sich dem Problem der Ziele gegenüber naiv verhält, unbefriedigend erscheinen. Die soziologische Planungstheorie, die nicht von einem quasi-selbstverständlichen Oberziel ausgehen konnte wie die ökonomische Planungstheorie vom Wirtschaftswachstum, hat sich daher von Anfang an mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie gesamtgesellschaftliche Ziele, auf die hin die Entwicklung geplant werden soll, formuliert und als verbindlich anerkannt werden. Selbst die von einem unbekümmerten Fortschrittspathos getragene Definition Karl Mannheims, der in Planung einen „Akt des Umbaus einer historisch gewordenen und auf uns gekommenen Gesellschaft in eine immer vollkommener durch den Menschen von zentralen Stellen aus regulierte Einheit“ sah, läßt die Schwierigkeiten der Zielformulierung deutlich erkennen.

Irene Dyks Schrift „Gesellschaftspolitische Aspekte der Planung. Zielgenese und -transformation“ konstatiert, daß die Planungsdiskussion heute „im wesentlichen durch ein intentionales Vakuum gekennzeichnet ist, also dadurch, daß man Fragen bezüglich der Zielbildung einfach nicht stellt“. Es wird nicht selten so getan, als seien Ziele entweder a priori vorgegeben – z. B. naturgesetzmäßig oder „systemimmanent“, „oder aber etwas Gemachtes, das sich einer In-Frage-Stellung entzieht“ (S. 142). Dieser Mangel an sachlicher und darüber hinaus oft auch an politischer Legitimation der Zielsetzungen ist für die Autorin ein wesentlicher Grund dafür, daß Planungen verschiedenster Art nur allzu oft eine papierene Sache bleiben, ihre praktische Realisierung scheitert oder das Ergebnis ein ganz anderes ist als der ursprünglichen Absicht entsprechen würde. Planungswissenschaft und -praxis versuchen nun seit längerem, durch Professionalisierung, Politisierung und Demokratisierung die Effektivität der Planung zu verbessern. Angesichts der insgesamt recht

begrenzten Möglichkeiten der Sozialwissenschaften, zukünftige Entwicklungen vorherzusehen, und angesichts der prinzipiellen Intransparenz und Instabilität individueller wie auch gesellschaftlicher Präferenzen und Wertsetzungen bleibt einer als Planung konzipierten Gesellschaftspolitik nach Meinung der Verfasserin nichts anderes übrig, als ein hohes Maß an Offenheit und Flexibilität – und damit verbunden aber auch: Unbestimmtheit – zu bewahren, um sich nicht antizipierten Veränderungen anpassen zu können.

Freilich erhebt sich bei diesem Verständnis von Planung die Frage, inwieweit es noch berechtigt ist, an einem so hohen Anspruchsniveau einer Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Gesamtheit, wie es durch die Verwendung des Begriffes „Gesellschaftspolitik“ im Zusammenhang mit der Planung suggeriert wird, festzuhalten. Der Eindruck ist nicht ganz zu verwischen, daß Schein und Sein in der soziologischen Planungstheorie nicht selten beträchtlich auseinanderklaffen. Der verbale Aufwand ist beträchtlich – so als wäre die Trivialität manchen Sachverhalte ein Ärgernis, das es zu verstecken gilt.

Die ökonomische Literatur zur Planung ist – so A. Betschart, im Vorwort seines Buches „Demokratische Wirtschaftsplanung“ – durch ein Auseinanderfallen von politischen und ökonomischen Analysen, durch die teilweise Verwechslung von Planung und Prognose und durch eine häufig fehlende Verbindung zwischen Deskription und „theoretischer Analyse“ charakterisiert. Mängel, die der Autor bei seiner Behandlung des Gegenstandes zu vermeiden verspricht. Das Bemühen, die Analyse auf den Beinen und nicht auf dem Kopf stehen zu lassen, kommt im Aufbau des Buches zum Ausdruck: Es beginnt – nach einer knappen theoretischen Einleitung – mit Erfahrungsberichten über die Wirtschaftsplanung in vier Ländern: Frankreich, Großbritannien, Jugosla-

wien und Ungarn. Im darauffolgenden Abschnitt unternimmt der Autor den Versuch, aus acht theoretischen Planungstypen, die jeweils eine Mischung aus in einzelnen Ländern befindlichen Systemelementen und Typisierungen der Planungsliteratur darstellen, gleichsam als Synthese ein „optimales Planungssystem“ zu konstruieren. Daß dieses nicht gerade anspruchsvolle Vorhaben des Autors kein voller Erfolg wurde, ist in erster Linie dadurch bedingt, daß diese Art von Aufgabenstellung für eine Dissertation – um eine solche dürfte es sich handeln – schlicht zu ambitiös ist. Doch selbst dann, wenn man bereit ist, das Buch an bescheideneren als an den vom Autor selbst gesetzten Maßstäben zu messen, bleiben die Ergebnisse unbefriedigend.

Durchaus zuzustimmen ist dabei einer zentralen These der Untersuchung, daß makroökonomische Planung im marktwirtschaftlichen System zu einem beträchtlichen Teil in einer erfolgreichen Koordination der verschiedenen Ebenen und Instrumente der Wirtschaftspolitik besteht. (S. 198 ff.) Wo die Planung dies nicht zu leisten vermag, verliert sie an praktischer Relevanz und verdünnt sich im Extremfall zur bloßen Prognose ohne wirkliche Verbindlichkeit für die Politik. Dieser Gefahr auszuweichen erfordert auch, daß das technokratische Anspruchsniveau schon allein angesichts der begrenzten Treffsicherheit der Prognostik im einzelnen nicht überzogen werden solle – eine Konsequenz, die derzeit schon einige Länder aus den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit ziehen. Wenn Betschart aus diesem Grund einer ins Detail gehenden Planung der Wirtschaftsstruktur skeptisch gegenübersteht, so befindet sich diese Einschätzung allerdings im Widerspruch zu seiner vorgeschlagenen Lösung des Verteilungskonfliktes durch ein Gewinnbeteiligungsmodell, das eine Weiterentwicklung des Modells von Ota Sik darstellt². Gerade gegenüber

solchen Lösungen erscheint ein hohes Maß an Skepsis angebracht. Der Verteilungskonflikt kann wohl am wirksamsten durch geeignete institutionelle Arrangements entschärft werden, im Rahmen deren den Gewerkschaften auf betrieblicher, v. a. aber auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine Mitbestimmungsrolle zukommt.

Das optimale Planungsmodell im Sinne einer auf alle Industriestaaten anwendbaren einheitlichen Konzeption gibt es wahrscheinlich nicht – das zeigt nicht zuletzt ein internationaler Vergleich der Planungssysteme und -experimente der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Vielmehr ergibt sich das Paradoxon, daß einzelne Länder ohne formelle makroökonomische Planung eine wirksamere gesamtwirt-

schaftliche Steuerung zustandegebracht haben als Länder mit Planungsamt und Mehrjahresplan. Daraus folgt nicht notwendig eine Relativierung theoretisch-ökonomischer Rationalität – wenn man sie auch in den institutionellen Beziehungen und nicht nur in ökonometrischen Modellen zu suchen bereit ist.

Günther Chaloupek

Anmerkungen

- 1 Karl Mannheim, *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Bad Homburg – Berlin – Zürich 1967², S. 228
- 2 Vergleiche dazu auch Ota Sik, *Humane Wirtschaftsdemokratie – ein dritter Weg*, in Heft 1/1980 dieser Zeitschrift, S. 69 ff.